

Resolution des Fachabends „Soziale Arbeit in Bremen: auf dem falschen Gleis?“ am 19.11.2019 im DGB-Haus in Bremen

Seit langem beobachten wir Bremer SozialarbeiterInnen eine massive Unterfinanzierung wichtiger Bereiche Sozialer Arbeit. Das führt zur fortschreitenden Schwächung besonders solcher Einrichtungen, die Lebensverhältnisse betroffener Menschen stabilisieren und damit vorbeugend wirken sollen. Die schleichende Unterhöhlung wichtiger Standards Sozialer Arbeit trägt letztendlich dazu bei, die soziale Spaltung in der Stadt weiter zu verschlimmern.

Gemeinsam ist all diesen gesellschaftlich so wichtigen Einrichtungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, in der Drogenhilfe, in der Familienarbeit und Altenarbeit und in vielen niedrigschwelligen Beratungsangeboten und Alltagsunterstützungen, dass sie überwiegend über sogenannte "ZUWENDUNGEN" finanziert werden.

Dieser in den zurückliegenden 15 Jahren überwiegend privatisierte Bereich wird in Unkenntnis der Gesetzeslage und der gesellschaftlichen Notwendigkeiten immer wieder als „freiwillige Leistung“ abgewertet, und damit als weniger wichtig dargestellt. Im „Hauen und Stechen“ der Haushaltsverhandlungen unter dem Diktat einer fragwürdigen Schuldenbremse führt das regelmäßig zur Unterfinanzierung und damit auch zu falschen Weichenstellungen in der Sozialen Arbeit.

Eingriffsorientierte Maßnahmen, Sorgerechtsentzüge, Heimunterbringungen (zu 2/3 außerhalb Bremens) und Psychiatrisierungen wurden in den letzten 20 Jahren überproportional ausgeweitet. Bremen hat bundesweit einen traurigen Spitzenplatz in Sorgerechtsverfahren und -entzügen, und das vor dem Hintergrund einer massiven Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Kinder, Jugendlichen und Familien – besonders in der Armutshochburg Bremen. Im maßgeblichen Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) sind viele alltagsorientierte, subjektorientierte, sozialraumorientierte und lebensweltorientierte Herangehensweisen verankert.

Leider ist die aktuelle Handlungsrealität in den Kommunen oftmals eine ganz andere. Statt mithilfe einer stabilisierenden und sozialen Infrastruktur den betroffenen Menschen Entlastung und Stabilisierung anzubieten, werden ausgerechnet offene, präventiv wirkende Einrichtungen kaputtgespart.

Diese Aufgaben müssen aber mit einer auskömmlichen und dauerhaften Regel- und Grundfinanzierung gestärkt werden !

Wir brauchen eine grundlegende Wende und Neuorientierung in wichtigen Feldern der Sozialen Arbeit in Bremen, die die oben benannten Fehlentwicklungen systematisch in den Blick nimmt ! Wir meinen, dass hierbei die Einrichtung einer Enquetekommission, wie in Hamburg sehr erfolgreich parteiübergreifend umgesetzt, anzustreben ist !